## Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Blöcke

## Quelle 1

5

10

15

20

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat es als ihre Pflicht betrachtet, alles zu tun, um die Erhaltung der Einheit Deutschlands, die Bildung einer demokratischen und friedliebenden Regierung und die Schaffung eines Friedensvertrages für Deutschland zu ermöglichen. Die Verpflichtung, alles zu tun, um die unselige Spaltung Deutschlands und die dadurch hervorgerufene Gefährdung des Friedens zu überwinden und als Deutsche gemeinsam die Angelegenheiten unseres Vaterlandes selbst zu regeln, war der Beweggrund für mich, [...] Dr. Adenauer konkrete Vorschläge einer friedlichen Lösung der brennenden Schicksalsfragen unseres Volkes zu machen.

[...] Adenauer und Schumacher wollen unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindern, dass sich Deutsche aus Ost und West an einen Tisch setzen, um die Lebensfragen unseres Volks zu besprechen und einen friedlichen Weg zu ihrer Lösung zu finden. Wenn Dr. Adenauer und Dr. Schumacher Arm in Arm dafür einzutreten behaupten, dass eine "deutsche Einheit in Freiheit" geschaffen werde, so muss festgestellt werden, dass hier der erneute Versuch gemacht wird, die Bevölkerung über die wahren Absichten und Ziele der Politik Dr. Adenauers und Schumachers hinwegtäuschen. [...] Es ist pure Heuchelei, wenn Adenauer und Schumacher erklären, dass sie zur Durchführung wirklich freier, gesamtdeutscher Wahlen bereit seien. Wären sie hierzu tatsächlich bereit, dann müssten sie anerkennen, dass der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen die Bildung eines gesamtdeutschen Organs vorangehen muss, damit sich die Vertreter Ost- und Westdeutschlands über alle die Fragen verständigen können, die zur Herbeiführung der Einheit, zur Mitarbeit an einem Friedensvertrag und besonders auch zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen geklärt werden müssen.

Quelle 1: Ministerpräsident Otto Grotewohl [SED] am 14.3.1951 in der Volkskammer, in: Schweitzer, C. C. [Hg.], Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, Köln 1976, S.: 526-528.

Quelle 2: (Bundeskanzler Konrad Adenauer [CDU] am 18.4.1951 im Deutschen Bundestag, in: Schweitzer, C.C: [Hg.], Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, Köln 1976, S. 347-349.)

## Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen Blöcke

## Quelle 2

5

10

15

20

Das oberste Ziel der Bundesregierung ist und bleibt die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem freien und geeinten Europa. Diese Einheit muss aus der freien Entscheidung des gesamten deutschen Volkes kommen.

Die Bundesregierung hat deshalb wiederholt, zuletzt in ihrer Erklärung vom März 1951, die Abhaltung freier, allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahlen in ganz Deutschland zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vorgeschlagen. Dabei hat sie gleichzeitig die unerlässlichen Voraussetzungen für die Durchführung freier Wahlen festgelegt. – Auf alle Vorschläge der Bundesregierung ist eine Antwort der sowjetischen Besatzungsmacht nicht erfolgt. Die Behörden der Sowjetzone haben sie zurückgewiesen.

[...] Die Bundesregierung fühlt sich verpflichtet, alles zu tun, um Gewissheit zu schaffen, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für die Abhaltung der von ihr vorgeschlagenen gesamtdeutschen Wahlen gegeben sind. Das kann vor der Weltöffentlichkeit nur dadurch geschehen, dass eine neutrale internationale Kommission unter Kontrolle der Vereinten Nationen in der Sowjetzone und auf dem Gebiet der Bundesrepublik untersucht, inwieweit die bestehenden Verhältnisse die Abhaltung freier Wahlen ermöglichen. Die Bundesregierung wird für das Bundesgebiet eine entsprechende internationale Untersuchung sofort beantragen. Es liegt bei den Behörden der Sowjetzone dasselbe für ihr Gebiet zu tun.

Die Vereinigung des Gebiets der Sowjetzone mit der Bundesrepublik wird der erste Schritt der Wiedervereinigung Deutschlands sein. Das ist von schicksalhafter Bedeutung für das deutsche Volk und den Frieden der Welt.

Quelle 1: Ministerpräsident Otto Grotewohl [SED] am 14.3.1951 in der Volkskammer, in: Schweitzer, C. C. [Hg.], Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, Köln 1976, S.: 526-528.

Quelle 2: (Bundeskanzler Konrad Adenauer [CDU] am 18.4.1951 im Deutschen Bundestag, in: Schweitzer, C.C: [Hg.], Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, Köln 1976, S. 347-349.)